



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KI/155 - 10. Juli 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Vom Parteitag in München (II)	S. 1
Interview mit dem norwegischen Außenminister Guy Mollet und das algerische Problem	S. 1a
Staatssekretär Professor Leo Brandt	S. 3
	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 8 886 890

## Internationale Solidarität

sp. München. Auch während des zweiten Weltkrieges bestanden zwischen der von Hitler in den Untergrund oder in die Emigration getriebenen deutschen Sozialdemokratie und den sozialistischen, freiheitlich gesinnten Parteien der Welt Verbindungen mannigfacher Art. Viele Länder, wo sozialistische Parteien regierten oder als starke Opposition massgeblichen Einfluss ausübten, öffneten den Verfolgten des Dritten Reiches ihre Tore und schenkten ihnen damit Freiheit und Leben. Die Solidarität der internationalen sozialistischen Parteien blieb kein leeres Wort, sie bewährte sich auf schöne Weise in den dunkelsten Tagen des deutschen Volkes. An ihr zerbrach der Hass, den das Dritte Reich durch seine Untaten so überreichlich gesät hatte.

Die Hoffnungen der sozialistischen Parteien des Auslandes knüpften sich schon damals an jene tapfere Schar deutscher Männer und Frauen, die es wagten, der Diktatur zu trotzen, und die ihr Wagnis oft mit dem Leben oder mit schrecklichen Verfolgungen bezahlen mussten.

So war es nur natürlich, dass - unmittelbar nach dem Zusammenbruch - schon auf dem ersten Parteitag der wiedererstandenen deutschen Sozialdemokratie das nie zerrissene Band neu geknüpft wurde und dass sozialistische Parteien ihre Vertreter entsandten. Ihre Zahl wuchs beständig. Ein besonderes Ruhmesblatt gebührt dabei den Sozialisten Skandinaviens. Sie waren bei den ersten, die nach 1945 ihren Fuss auf deutschen Boden setzten und die mit lebhafter Anteilnahme den Weg aus Blut und Trümmern zu einer lichtvolleren Zukunft verfolgten. Norwegische, dänische und schwedische Minister, aus den Reihen der Arbeiter-

Jugend kommend, zählen zu den besten persönlichen Freunden Erich Ollenhauers. Den Grundstein zu dieser, alle Stürme der letzten Jahrzehnte überdauernden Freundschaft legte die Zusammenarbeit in der Sozialistischen Jugendinternationale, deren damaliger Sekretär der heutige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie war. Sein Name besitzt gerade in diesen Ländern einen guten Klang. Ollenhauer ist dort ein gern gesehener Gast, und sein Wort als Freund und deutscher Politiker hat Gewicht.

Zu den alten Freundschaften und Beziehungen kamen im Laufe dieses Jahrzehntes neue dazu. Vor dem Kriege richtete sich der Blick der deutschen Sozialdemokratie vernehmlich auf Europa, den Mutterernteil des demokratischen Sozialismus. Ihm, dem demokratischen Sozialismus, sind inzwischen neue und mächtige Ströme zugeflossen, vor allem aus Asien, dessen innere Entwicklung und äussere Anpassung in einer zur Einheit drängenden Welt von so grosser Bedeutung für diese Welt ist. Zu den Gästen sozialdemokratischer Parteitage gehören seit langem Vertreter Indiens, Burmas, Indonesiens, Japans, diesmal auch Pakistans. Die japanischen Sozialisten fehlen in diesem Jahr in München. (Sie standen in einem erfolgreichen Kampf bei den Wahlen für den Senat, in den sie nun verstärkt einziehen).

Die Gründe für das grosse Interesse der ausländischen sozialistischen Parteien an der Arbeit und am Aufbauwerk der deutschen Sozialdemokratie liegen auf der Hand. Diese Parteien sehen in der deutschen Partei mit ihren alten, internationalen Traditionen eine verwandte Kraft, eine Kraft des Friedens und der Völkerverständigung, der Freiheit und des Wohlergehens für alle Völker. Eine starke deutsche Sozialdemokratie, das ist eine gute Sicherung dafür, dass sich die vom Dritten Reich ausgelösten Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen, dass das deutsche Volk in einer um internationale Ordnung sich bemühenden Welt eine gesicherte und durch niemanden bedrohte Stellung findet. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, die in sie gesetzten Hoffnungen nicht zu enttäuschen.

+ + +

#### München: Gespräch mit Halvard Lange

"Ich sehe dem Parteitag der SPD mit Spannung entgegen" - "Zusammenhalt der NATO-Staaten wird gestärkt werden" - "Die Zahl der Opfer, die ins Lager kamen..."

Halvard Lange, Aussenminister der norwegischen Regierung, hält sich zur Zeit als Gast des SPD-Parteitages in München auf. Er hatte die Freundlichkeit, uns aus diesem Anlass einige Fragen zu beantworten.

Frage: Waren Sie, Herr Minister, bereits früher einmal Gast eines Parteitages der SPD ?

Antwort: Nein, ich bin aus einem solchen Anlass zum erstenmal in Deutschland. Freilich kenne ich Erich Ollenhauer und eine ganze Reihe anderer führender deutscher Sozialdemokraten seit langen Jahren gut, von vielen internationalen Begegnungen her, schon aus der Sozialistischen Jugend in den 20er Jahren. Gerade weil es das erste Mal ist, dass ich

10. 7. 1956

an einen Kongress der grossen deutschen Sozialdemokratischen Partei teilnehmen, sehe ich der Tagung mit besonderem Interesse und mit Spannung entgegen. Ich bin überzeugt, dass die deutsche Sozialdemokratie in der Gestaltung der künftigen deutschen und europäischen Politik eine grosse Rolle zu spielen hat. Ich möchte aber hier als Gast nicht Stellung zu Fragen nehmen, die Gegenstand der Beratungen des Parteitages sein werden. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, dass das Ergebnis des Kongresses die Notwendigkeiten einer gewiss noch sehr unsicheren internationalen Lage berücksichtigt. Wir stehen im Augenblick in einer Situation, die zwar neue Möglichkeiten für eine allgemeine Friedenspolitik zu eröffnen scheint, die aber auch mehr als je zuvor eine vertiefte Solidarität und Zusammenarbeit aller freiheitlich-demokratischen Kräfte erfordert.

Frage: Könnten Sie sich, Herr Minister, als eines der drei Mitglieder der internationalen Kommission, die über die Ausweitungsmöglichkeiten der NATO auf politische und wirtschaftliche Aufgaben Vorschläge ausarbeiten soll, zu den Aussichten eines solchen Vorhabens äussern?

Antwort: Die Mitglieder des Ministerkomitees haben eigentlich nicht so sehr den Auftrag bekommen, zu untersuchen, wie die NATO ihre Tätigkeit ausweiten kann, sondern vielmehr, auf welche Art und Weise wir die Einheit und den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten von NATO fördern können. Das ist unserer Meinung nach nicht so sehr eine Frage von organisatorischen Änderungen. Es kommt vielmehr darauf an, zu klären, wie weit die Mitgliedstaaten gewillt sind, Fragen von gemeinsamem Interesse zum Gegenstand laufender Beratungen innerhalb der bestehenden Organisation zu machen. Was die wirtschaftlichen Fragen betrifft, so gibt es ja schon eine ganze Reihe von Organen, die mit Erfolg arbeiten, wie etwa die OEEC. Für die NATO als solche kann es natürlich nicht darauf ankommen, etwa der OEEC irgendwie Konkurrenz zu machen. Was in Betracht kommt, ist wohl, dass man sich recht intensiv mit den politischen Rückwirkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschäftigt, ohne dass dabei neue Exekutivorgane auf wirtschaftlichem Gebiet etabliert werden. Um die Haltung der einzelnen Regierungen der NATO-Staaten zu klären, haben wir ihnen jetzt einen Fragebogen zugestellt. In September hoffen wir, aufgrund der Antworten mit den einzelnen Regierungen Besprechungen zu haben, und zwar in Paris. Auf der Grundlage dieser ganzen Diskussion werden wir dann unseren Bericht und unsere Empfehlungen im Laufe des Oktober fertigstellen. Im Augenblick ist es noch schwer, sich bestimmt zu den Aussichten einer gesteigerten Zusammenarbeit in der angedeuteten Richtung zu äussern. Doch habe ich persönlich die bestimmte Hoffnung, dass sich - als Folge der für Herbst vorgesehenen Besprechungen - der Wille zu sehr weitgehender politischer, wirtschaftlicher und, ich hoffe, auch kultureller Zusammenarbeit innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft herausbilden wird.

Frage: Während des kürzlichen Besuches des Bundesausserministers

10. 7. 1956

von Brentano in Oslo wurde in der norwegischen Öffentlichkeit die Frage einer Wiedergutmachung an jenen Opfern des Nationalsozialismus erörtert, die während der Besetzung Norwegens durch die Hitler-Armeen Schaden an Leib und Leben und an ihrem Eigentum erlitten haben. Beabsichtigt die norwegische Regierung mit der Bundesregierung in Verhandlungen über eine Wiedergutmachung an diesen Opfern einzutreten? und wieviele Menschen sind davon in Ihrem Lande ungefähr betroffen?

Antwort: Ich erinnere daran, dass die norwegische Regierung mit den anderen westalliierten Regierungen gemeinsam an die Bundesregierung die Aufforderung gerichtet hat, man solle eine gemischte deutsch-westalliierte Studienkommission einsetzen, um zu prüfen, wie man das Problem einer Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus lösen kann. Diese gemeinsame Demarche ist nach dem Besuch des Herrn von Brentano erfolgt. In Norwegen beträgt die Zahl derjenigen, die von nationalsozialistischen Behörden interniert wurden oder in Lager kamen, etwa mehr als 36 000. Die eigentlichen Kriegsgefangenen sind in dieser Zahl nicht enthalten. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, dass die Bundesregierung bereit sein wird, eine solche gemeinsame Kommission zu akzeptieren. Während des Besuches des Bundesaußenministers in Oslo habe ich jedenfalls feststellen können, dass der Minister persönlich dieser Frage verständnisvoll gegenübersteht.

+ + +

Frankreichs Sozialisten vor schweren Entscheidungen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Ende Juni in Lille stattfand, war ein seltsames Schauspiel zu beobachten: Als der arabisch-französische Sozialist Benbhamed seine Rede beendet hatte, die eine einzige Anklage gegen Frankreich und gegen die jetzige, von Sozialisten geführte Regierung darstellte, fand er reichen Beifall. Auch der (sozialistische) Minister-Resident von Algerien, Robert Lacoste klatschte - obwohl gerade seine Handlungsweise besonders scharf kritisiert worden war.

"Warum", hatte Benbhamed unter anderem gefragt, "warum sperrt man eigentlich in Algerien nur die eingeborenen Extremisten ein, warum nicht auch die europäischen?" Niemand, sagte er, habe das Recht, Europäer aus dem Lande Algerien zu jagen, auf das sie ein gewisses Anrecht erworben haben, aber es sei doch wohl für Sozialisten selbstverständlich, dass für alle Einwohner eines Landes gleiches Recht herrschen müsse.

Tatsächlich steht die von Sozialisten geführte Pariser Regierung vor schweren Entscheidungen. Es hatte nicht des Parteitages bedurft, um zu erkennen, dass die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten und Senatoren über die in Algerien zur Anwendung kommende Politik nicht begeistert ist, dass die Meinungen jedoch stark divergieren und es in der Partei etliche sehr bekannte Politiker gibt, die durchaus den Standpunkt der Rechten vertreten, nämlich, dass Frankreich sich in Algerien "durchsetzen" müsse. Der Parteitag zeigte jedoch noch etwas anderes, und auch als bereits eine Woche seit seiner Beendigung verstrichen war, wirkte sich dieses "andere" auf die Entschliessungen der Regierung aus: Die Sozialisten, die an der Kraftpolitik Kritik üben, die in Algerien angewandt wird, hatten und haben keine Alternative anzubieten.

Dieses Manko erklärt sich aus der zu wenig bekannten Tatsache, dass selbst eine Regierung, die es auf sich nähme, mit dem Gegner zu verhandeln, keinen wirklich zuverlässigen Gesprächspartner finden könnte. Als nämlich die jetzige Regierung im Januar dieses Jahres ins Amt kam, verabsäumte sie, diejenigen algerischen Politiker, die heute als gemässigt gelten, aus den Gefängnissen oder von der Polizeikontrolle zu befreien. Die Folge dieser Unterlassungssünde war, dass der Einfluss jener Männer im Laufe der Zeit immer geringer wurde, so dass jetzt niemand mehr -4-

sagen kann, wieweit ihre Stimme in Algerien noch gehört würde.

Frankreich hält in Algerien über eine halbe Million Mann unter Waffen. Dieser Krieg oder Bürgerkrieg, der die Produktion in der Heimat schwächt, die Währung gefährdet und unvorhersehbare Summen verschlingt, ist unglückseligerweise für Frankreich zu einer Prestigefrage geworden. Wer versuchen würde, sich mit solchen Vertretern der Aufständischen an den Verhandlungstisch zu setzen, die jetzt noch Einfluss auf die Massen haben, käme sofort in den Ruf, er wolle das Vaterland ruinieren. Er stiesse ferner auf den Widerstand eines grossen Teils der Bürokratie.

Man könnte man einwenden, dass es doch immerhin die Möglichkeit gäbe, mit den wirklichen Führern der aufständischen zu verhandeln, die in Kairo leben. Diese Führer aber haben ihre grundsätzlichen Forderungen bereits verkündet, deren erste heisst: Unabhängigkeit für Algerien! Da nun Algerien seit dem Ende des Weltkrieges als Bestandteil Frankreichs gilt, besagt die Forderung nach Unabhängigkeit dasselbe wie eine entsprechende Forderung etwa der Bretonen oder der Basken oder der Lotaringer!

Man konnte mit den Nationalisten Tunesiens und Marokkos verhandeln, denn diese beiden Länder stellten juristisch auch als französische "Protectorate" eigene Staatsgebiete dar. Sie standen eben "unter dem Schutze" Frankreichs, aber sie waren keine Bestandteile der Republik Algerien. Nach dem Buchstaben des Gesetzes sind die Führer der algerischen Aufständischen Separatisten, die ihr Ziel mit Hilfe eines Bürgerkrieges erreichen wollen. Dass sie in Wirklichkeit keine Separatisten sind, sondern in erster Linie das verlangen, was Benbhamed als gleiches Recht für alle bezeichnete, ändert nichts daran, dass jede Regierung mit schärfster Kritik rechnen muss, die sich mit aufständischen Separatisten an den Verhandlungstisch setzt.

Unter solchen Umständen fällt es den sozialistischen Kritikern der sozialistisch geführten Regierung schwer, ein Heilmittel vorzuschlagen, das eben diese Regierung nicht in den Ruf brächte, eine schwächliche, vaterlandsfremde Politik zu betreiben. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass Guy Mollet versuchen will, zu verhandeln - ohne dass bisher zu erkennen ist, wer dabei sein Gesprächspartner sein könnte. Die Parlamentsferien könnten ihm die nötige Atempause bieten. Die Frage ist nur, ob es ihm gelingt, jemanden zu finden, der noch über genügend Einfluss verfügt, nicht nur bei der Bevölkerung Algeriens, sondern - was wichtiger ist - bei der panarabischen Führung in Kairo. Das Kabinett Mollet hat bei seinem Antritt das Erbe in Algerien angetreten. Dass Mollet verhältnismässig sicher im Sattel sitzt, hat er eben diesem Erbe zu danken: Niemand möchte ihm die Aufgabe abnehmen, das algerische Problem "im vaterländischen Sinne" zu lösen. Die Kastanien aus dem Feuer zu holen, überlässt man gern den Sozialisten.

### Ein Leben, das der Forschung gehört

Am Donnerstag spricht Staatssekretär Prof. Leo Brandt vor dem Parteitag der SPD über: "Die zweite industrielle Revolution!"

H. Sp. Je schneller unsere Zeit eilt, desto grössere Kräfte brauchen wir, um die sich täglich ändernde Lage zu bewältigen. Nur wenige vermögen aus der heutigen Situation in die Zukunft zu projizieren. Einer, den die Aufgabe ganz gepackt hat, Saat zu legen für das Leben des Volkes von Morgen, ein Ingenieur mit kühlem Verstand und heissem Herzen, das ist Leo Brandt.

Der Idealismus liegt ihm im Blut. Seine Vorfahren sind schon seit Generationen pflichttreue Staatsdiener. Sein Vater, Postdirektor des kaiserlichen Deutschlands, ist von der Sorge um die soziale Entwicklung des Landes stark bewegt. In jungen Jahren tritt er der SPD bei und muss dafür im Jahre 1933 auf Grund des § 4 des Berufsbeamtengesetzes seinen Posten verlassen.

Der Sohn, 1908 in Bernburg geboren, hat die vielen Versetzungsstationen seines Vaters mitgemacht und die Schulbänke im Rheinland, in Mitteldeutschland und in Schleswig-Holstein gedrückt. Was ihn trieb, in Aachen das Studium der Fernmeldetechnik zu beginnen, war vielleicht nicht so sehr Berufung zum natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studium, wie eine in der Familie liegende Tradition, den Postdienst einzuschlagen. Aber schon hier zeigte sich seine hervorstechendste Eigenschaft: was er beginnt, beginnt er mit schnellen Einfühlungsvermögen und ungeheuren Fleiss. Gleich nach seinem Examen wird diese Fähigkeit auf eine starke Probe gestellt. Aufgeschlossen für alle Dinge des öffentlichen Lebens, wie er ist, hat er während des Studiums in den Reihen des Deutschen republikanischen Studentenbundes gekämpft und seine Leitung übernommen. Als er 1933 bei der Post eingestellt werden soll, erscheint im Fragebogen seine Stellung als Bundesvorsitzender des Deutschen republikanischen Studentenbundes. Er erhält einen Wink, dass dies keine Empfehlung für den Staatsdienst sei, und so kommt er in das Empfängerlaboratorium der Firma Telefunken.

Dort wird man bald auf die überlegene und zielstrebige Art des jungen Ingenieurs aufmerksam und vertraut schon dem 27jährigen die Stelle des Leiters im Empfängerlaboratorium an. Viele Entwicklungen gehen von seinem Laboratorium in die Produktion. Auch der kurz vor dem Krieg aufkommenden, aber sehr geheim betriebenen Funkmesstechnik (Radartechnik) widmet er sich und ist an den ersten einsatzfähigen Geräten maßgeblich beteiligt. Anerkanntermassen sind bis zum Jahre 1941 die deutschen Geräte weit an der Spitze. Das Bekanntwerden des englischen an-Radargerätes "Rotterdam" ruft in der deutschen Funkmesstechnik einen Erdstuss hervor. Die Erschütterung der daraus gewonnenen Erkenntnisse hat sich in Leo Brandt tief eingegraben und bestimmt weitgehend seine spätere Haltung. In den nun gross einsetzenden Anstrengungen, den verlorenen Boden wieder aufzuholen, wird er als Entwicklungsleiter Funkmess an die Spitze dieser Technik im Industriebereich gesetzt.

Aus dem zusammengeschossenen Berlin kommt Leo Brandt in seine zeitweilige Heimatstadt Düsseldorf. Sein Freund aus Studientagen, - 6 -

Oberbürgermeister Walter Kolb, beruft ihn zum Wiederaufbau der völlig zerschlagenen Rheinischen Bahngesellschaft, die den Strassenbahnverkehr in Düsseldorf und den Nahverkehr zu den umliegenden Städten betreibt. In drei Jahren baut er ein funktionierendes Verkehrssystem auf. 1949 wird er von Ministerpräsident Karl Arnold, der gleichzeitig die Geschäfte des Verkehrsministers des Landes Nordrhein-Westfalen führt, als Ministerialdirektor des Verkehrsministers berufen.

Als das Verkehrsministerium mit dem Wirtschaftsministerium 1951 zusammenglegt wird, wird ihm auch das Gebiet der Technik in der Wirtschaft, der Forschung und der Rationalisierung übertragen. Hier kann er nun seine alten Erfahrungen wieder einsetzen und für die Zukunft planen. Besonders die Forschung hat es ihm angetan. Er sieht die ungeheuren Fortschritte, die die Erkenntnisse der Naturwissenschaften bringen, und hat einen fast seherischen Blick für die Möglichkeiten, die ihre Auswertung den Menschen bringen können. Unbürokratisch mit Methoden, wie er sie in der Wirtschaft beherrschen gelernt hat, schafft er einen Apparat zur Förderung von Forschungsvorhaben.

Seinen beredten Männern gelingt es, die Finanzmittel wesentlich zu erhöhen und auf allen Gebieten, wo wir zurückgeblieben sind, wird durch Schaffung neuer Institute versucht, nachzuholen; so entsteht u.a. wieder die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt mit zehn Instituten. Er unterstützt den Ministerpräsidenten bei der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft für Forschung, in der unter dem Motto "Wissenschaft und Regierung an einem Tisch" im Sinne der alten Preussischen Akademie der Wissenschaften Gelehrte, Volksvertreter und Minister sich über die dringendsten Zukunftsfragen und die Wege ihrer Behebung durch Forschung und Entwicklung unterhalten.

In der Verfolgung seiner Ziele ist Leo Brandt nicht nur von unerhörter Ideenfülle, eisernem Fleiß und zäher Beharrlichkeit, er versteht es auch, wie selten einer, für seine Gedanken zu begeistern. In vielen Vorträgen setzt er sich mit verkehrspolitischen Fragen und Problemen der technischen Entwicklung auseinander, immer bestrebt, zu erinnern, was die Zukunft bringen kann. Die Öffentlichkeit wird bald auf seine Fähigkeiten aufmerksam. Man sucht seinen technischen Rat, holt ihn in den Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa und überträgt ihm dort die Leitung des Technischen Ausschusses. Auch gehört er dem Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks an, ist Mitglied des Nord- und Westdeutschen Rundfunkverbandes, stellvertr. Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost, stellvertr. Vorstandsmitglied der Deutschen Atomkommission und Lehrbeauftragter für Verkehrspolitik an der Technischen Hochschule Aachen.

Seine kluge und warmherzige Frau, die er als 21jähriger Student heiratete, schenkte ihm vier Kinder. In sein Haus in Oberkassel bei Düsseldorf kehrt er immer wieder von seinen vielen Reisen und Dienstgeschäften zurück, um abends mit seiner Familie noch einen Gang am Rheinufer entlang zu machen, wo sich die weiten Wiesen des Niederrheins dehnen und im Hintergrund die Hochöfen und Fabriken des Ruhrgebiets sich abzeichnen. Den dort schwer schaffenden Menschen gelten seine Gedanken und all sein Streben endet in dem einen Ziel, ihnen das Leben durch technische Verbesserungen leichter zu machen, um ihnen Freiheit zu geben für die Beschäftigung mit höheren Dingen.

-----  
+ + +  
-----  
Verantwortlich: Peter Raunau